

# Kaiserliche Privilegien versus landesherrliche Superiorität im 18. Jahrhundert

## Das Beispiel der Familien Schenck zu Schweinsberg und Riedesel zu Eisenbach

von Steffen Arndt

In seinem im Jahr 1513 geschriebenen Praxishandbuch für angehende Fürsten behandelte Niccolo Machiavelli auch den besten Weg zur Erhaltung eines neu erworbenen Fürstentums. Dabei ging er auf die zwei Arten von Fürstentümern ein: *Entweder gibt es einen Fürsten und alle anderen sind seine Knechte. Sie helfen ihm durch seine Gnade, das Land zu verwalten. Oder es gibt einen Fürsten und daneben Adlige, die nicht durch die Gnade des Fürsten, sondern durch das Alter ihres eigenen Geschlechtes auf dieser Stufe stehen. (...) Sie können dir (...) den Weg in das Land öffnen und dir den Sieg erleichtern. Wenn du dich aber festsetzen willst, wirst du unendliche Schwierigkeiten finden, sowohl mit denen, die dir geholfen haben, wie mit den von dir Unterdrückten.*<sup>1</sup>

Die alte Landgrafschaft Hessen kann als deutliches Beispiel für die zweite Art von Fürstentümern herangezogen werden. Der Vorteil Hessens, insbesondere in Verbindung mit Thüringen, als geographischer Mittelpunkt Deutschlands weder durch große Meere oder hohe Gebirge abgeschlossen und daher für Handel und Wirtschaftsleben gut erreichbar zu sein, erwies sich auch als großer Nachteil, denn die verheerenden Kriegshaufen erreichten das Land ebenso schnell. Umgeben von starken Nachbarn, vom Erzbistum Mainz wird noch zu sprechen sein, war Hessen großen Begehrlichkeiten ausgesetzt, denn von allen Seiten wurde versucht, die eigene Herrschaft mit hessischen Gebieten zu arrondieren. Nicht immer waren die hessischen Fürsten erfolgreich; sei es, daß man ausstarb und die weibliche Linie mit Sophie von Brabant erst Ansprüche und Rechte neu durchsetzen mußte oder sei es, daß die Landesherrschaft mit der Teilung des Landes nach dem Tod Philipps des Großmütigen und mit dem Streit um das oberhessische Erbe Ludwigs IV. von Hessen-Marburg in Zusammenfall mit dem Dreißigjährigen Krieg, noch verschärft durch die Abdankung des Landgrafen Moritz von Hessen-Kassel, erheblich geschwächt wurde.

Infolge der unsteten Entwicklung der Landesherrschaft gelang es einigen adligen Familien in Hessen, ihre Rechte und Privilegien durch die Zeit zu erhalten und einen unabhängigen Status zu bewahren. In Zeiten einer starken Landesherrschaft versuchten die Landgrafen, diese Rechte nach und nach einzuschränken, aber durch kluge Politik konnten einige Adelsfamilien diese Rechte bis in das 18. Jahrhundert energisch verteidigen. Im Mittelpunkt dieses Aufsatzes sollen die Familien Schenck zu Schweinsberg

---

1 Niccolo Machiavelli: Der Fürst, hg. von Klaus BOCK, Essen 2004, S. 21 ff. (Kapitel 4).

und Riedesel zu Eisenbach stehen, die in Oberhessen ansässig waren, also in einem Raum agierten, der oft zwischen die Mühlsteine der großen Gewalten geriet, ihnen aber so Möglichkeiten bot, Spielräume auszunutzen und eigene Wege zu gehen. Beide Familien bewahrten ihre Unabhängigkeit und gerieten so im 18. Jahrhundert in Streit mit den Landgrafschaften Hessen-Kassel bzw. Hessen-Darmstadt, die ihrerseits versuchten, Versäumnisse bei der Festigung der Landesherrschaft aufzuholen und endgültig ihre landesherrliche Superiorität, die seit dem Westfälischen Frieden Bestandteil der Reichsverfassung geworden war, durchzusetzen. Insofern bieten diese Auseinandersetzungen, die mit größter Erbitterung bis vor das Reichskammergericht ausgetragen wurden, aufschlußreiche Einblicke in die Verfassungsstrukturen des Alten Reichs im 18. Jahrhundert.

## I

Die herausgehobene Rolle der Familie Schenck zu Schweinsberg<sup>2</sup> läßt sich aus der Herkunft und der geographischen Lage ihres Stammsitzes Schweinsberg<sup>3</sup> erklären, denn das Amöneburger Becken u.a. mit Schweinsberg gehörte im 10. Jahrhundert n.Chr. zum Reichsgut<sup>4</sup>, welches aber in verschiedene Hände gelangte, so auch das unmittelbar bei Schweinsberg gelegene Amöneburg. Durch den Erwerb von Amöneburg um 1120 gelang es dem Erbstift Mainz in Oberhessen einzudringen und ein Zentrum zum weiteren Ausbau der Landesherrschaft zu errichten.<sup>5</sup> Da die Burg Schweinsberg in einem Sumpfbereich lag und schwer einnehmbar war, konnten die Schencken in der Auseinandersetzung zwischen den hessischen Landgrafen und dem Erbstift Mainz<sup>6</sup> eine erfolgreiche, d.h. die eigene Position behauptende Politik betreiben. Die Ludowinger suchten als Landgrafen von Thüringen ihre Position in Hessen zu stärken, indem sie der Territorialpolitik der Mainzer Erzbischöfe eigene Burgenbauten und Städtegrün-

- 
- 2 Zur Herkunft und Entwicklung der Familie s. Karl A. ECKHARDT: Die Schencken zu Schweinsberg, in: HessJbLG 3 (1953), S. 96-149; Wilhelm A. ECKHARDT: Die Heerschildordnung im Sachsenspiegel und die Lehenspyramide in hessischen Urkunden, in: HessJbLG 54 (2005), S. 47-67, hier S. 54 f.
  - 3 Wilhelm A. ECKHARDT: Zur Geschichte von Burg und Stadt Schweinsberg, in: 650 Jahre Stadt Schweinsberg, Marburg 1982, S. 15-20.
  - 4 Heinrich DIEFENBACH: Der Kreis Marburg, Marburg 1963, S. 52.
  - 5 Ebd., S. 75 f.; Mainzer Urkundenbuch. Die Urkunden bis zum Tode Erzbischof Adalberts I. (1137), bearb. von Manfred STIMMING, Darmstadt 1932, Nr. 616.
  - 6 Karl HEINEMEYER: Geistliche und weltliche Kräfte im Ringen um den Aufbau der Landesherrschaft in Hessen, in: Nordhessen im Mittelalter, hrsg. von Ingrid BAUMGÄRTNER und Winfried SCHICH (VHKH 64), Marburg 2001, S. 53-77 mit Literatur.

dungen entgegengesetzten: so wurde Marburg um 1180 zur Stadt weiterentwickelt<sup>7</sup> oder Homberg/Ohm vor 1234 gegründet<sup>8</sup>.

Nachdem bereits im Jahr 1232 mit der Zerstörung der Städte Fritzlar und Witzhausen die Auseinandersetzung zwischen dem Erzstift Mainz und den Landgrafen zu Thüringen einen ersten Höhepunkt erreicht hatte, wurde die Position der Landgrafen mit dem Aussterben des letzten Ludowingers Heinrich Raspe IV. im Jahr 1247 erheblich geschwächt. Das Erzstift Mainz erhob den Anspruch auf die Grafschaft Hessen – bestand doch hier endlich die Möglichkeit die Kernbesitzungen umfassend zu arrondieren und eine eigene Territorialherrschaft aufzubauen. Dennoch gelang es Sophie von Brabant und Heinrich I. im Vertrag von Langsdorf von 1263 die Anerkennung ihrer Rechte auf die Grafschaft Hessen gegenüber dem Erzstift Mainz durchzusetzen.<sup>9</sup> Im hessisch-thüringischen Erbfolgekrieg suchten die streitenden Parteien die hessischen Adelsfamilien auf ihre Seite zu ziehen, insbesondere, wenn diese sich in einer so exponierten Lage befanden wie die Schencken auf der Burg Schweinsberg. Im Jahr 1249 nannte Sophie von Brabant in einer Urkunde für das Kloster Georgenberg bei Frankenberg Guntram I. von Schweinsberg *Guntramus pincerna noster*<sup>10</sup> und hatte ihn so mit dem Hofamt als Schenk an das neue hessische Landgrafengeschlecht binden können. Im Jahr 1279 erreichte Landgraf Heinrich I. die Öffnung der Burg Schweinsberg für den Kriegsfall. Außerdem räumten ihm die Brüder Guntram II., Eberhard und Guntram III., Söhne Guntrams I., ein Vorkaufsrecht ein und erhielten dafür eine Verbesserung ihres Erbburglehens.<sup>11</sup> Allerdings bewegten sich die Schencken geschickt zwischen den Parteien, denn im Jahr 1295 verbündeten sich die Schencken mit Erzbischof Gerhard II. von Mainz, versprachen ihm Beistand gegen jedermann und öffneten ihm ihre Burg Schweinsberg. Der Erzbischof seinerseits nahm die Brüder als Erbburgmänner zu Amöneburg an und verlieh ihnen ein Lehen von 12 Pfund Marburger Denaren.<sup>12</sup> Bereits 1301 erneuerten die Brüder ihren alten Öffnungsvertrag zugunsten des Landgrafen und versprachen Hilfeleistungen gegen alle Feinde.<sup>13</sup>

7 Walter HEINEMEYER: Marburg und Eisenach in ihren Anfängen. Ein städtegeschichtlicher Vergleich, in: Marburg. Entwicklungen – Strukturen – Funktionen – Vergleiche, hrsg. von Alfred PLETSCH, S. 227-247, hier S. 241 ff.

8 Fred SCHWIND: Homberg an der Ohm im Mittelalter, in: Homberg an der Ohm. Eine oberhessische Stadt von den Anfängen bis zur Gegenwart, hrsg. von Fred SCHWIND, 1984, S. 1-28, hier S. 6 ff.

9 Otto GROTEFEND, Felix ROSENFELD: Regesten der Landgrafen von Hessen, Bd. 1 (VHKH 6,1), Marburg 1929, Nr. 76-79.

10 Ebd., Bd. 1, Nr. 18, siehe auch Wilhelm A. ECKHARDT: Die hessischen Erbhofämter, in: HessJbLG 41 (1991), S. 85-104, hier S. 85-97.

11 StA MR, Urk. X 5 Schenck zu Schweinsberg 1279 Juni 24.

12 Regesten der Erzbischöfe von Mainz von 1289-1396, bearb. von Ernst VOGT, Abt. 1 Bd. 1, Leipzig 1913, Nr. 407.

13 StA MR, Urk. A I t Generalrepertorium, Schenck zu Schweinsberg 1301 Februar 21; GROTEFEND, ROSENFELD (wie Anm. 9), Nr. 408. Abschrift in StA MR, Best. 17d Regierung Kassel, Adelsrepositur, Schenck zu Schweinsberg Nr. 218, fol. 38. Im Gegensatz dazu haben die Schencken noch im Jahr 1299, als sie in den Dienst des Landgrafen Otto traten und Beistand versprachen, das Reich und ihren Herrn Erzbischof Gerhard von Mainz von diesem Beistand ausgenommen; GROTEFEND, ROSENFELD (wie Anm. 9), Nr. 391.

Die Auseinandersetzung zwischen den Landgrafen und dem Erzstift Mainz um die Territorialherrschaft über Hessen sollte auch für die Zukunft die Gesicke des Landes bestimmen. Als Landgraf Hermann II. und Erzbischof Johann II. von Nassau sich in den Jahren 1401-1405 bekämpften, traten die Schencken, mit Ausnahme Eberhards d.J. und seines Bruders Guntrams genannt Stam, auf die Seite des Erzstifts und öffneten im Jahr 1401 ihre Burg Schweinsberg, sicherten ihre Unterstützung zu und bekamen als Gegenleistung 50 Gulden jährlich zum Martinstag aus dem Zoll zu Ehrenfels.<sup>14</sup> Aber auch diese Abmachung wurde 1421 revidiert, als die Schencken ihre Burg Schweinsberg Landgraf Ludwig I. öffneten. Außerdem wurde festgelegt, daß die Burg Schweinsberg zwar zur Landgrafschaft Hessen gehören, aber den Schencken alle hergebrachten Gnaden und Freiheiten mit Einschluß des Burgfriedens zwischen den Garnerben verbleiben sollten. Außerdem erhielten die Schencken das halbe (Eußer) Gericht Kirtorf am Rotenberg.<sup>15</sup>

Hinzu kam, daß sich die Schencken auf umfangreichen Besitz und damit Einnahmen stützen konnten, der nicht aus einem Lehnsverhältnis mit den hessischen Landgrafen herrührte. So besaßen die Schencken die ihnen aus der Gesamtvogtei Fronhausen zugefallenen Güter Wenkbach, Roth sowie Mühle und Hof Argenstein als Mannlehen des Kanonissenstifts Essen. Im Jahr 1585 traten die Schencken die Nachfolge der ausgestorbenen Vögte von Fronhausen an<sup>16</sup> und im Jahr 1603, nach dem Aussterben der Rode, übernahmen sie auch den Anteil dieser Familie, so daß sie zu alleinigen Inhabern der hessischen Lehen des Reichsstifts Essen aufstiegen.<sup>17</sup> Die Herrschaft der Schencken in Wenkbach, Roth und Argenstein bildete schließlich ein adliges Sondergericht ohne Binnengrenzen, das Schenckische Eigen, in dem alle Bewohner Eigenleute der Schencken waren.

Trotz dieser Sonderstellung zwischen den streitenden Parteien und trotz der umfangreichen Besitztümer hätten die Schencken zwei großen Gefahren erliegen können, die auch anderen bedeutenden Adelsfamilien, genannt sei als Beispiel nur die Familie von Löwenstein<sup>18</sup>, zum Verhängnis wurden und damit Ambitionen auf eine eigene Territorialhoheit obsolet werden ließen – zum einen die übermäßige Verschuldung und zum anderen die Aufteilung des Besitzes auf viele Familienzweige, im ärgsten Fall sogar auf die Frauenlinie. Wohin der Ruin kleiner Herrschaftsgebiete im 18. Jahrhundert führen konnte, beschreibt Ritter von Lang (1764-1835) in seinen Lebenserinnerungen am Beispiel der gefürsteten Grafen von Oettingen: *Der in Oettingen residierende*

14 StA MR, Urk. X 5 Schenck zu Schweinsberg 1401 Juni 15.

15 StA MR, Urk. X 5 Schenck zu Schweinsberg 1421 November 21. Landgraf Ludwig II. bestätigte im Jahr 1459 den Vertrag von 1421 und belehnte die Schencken, mit Ausnahme der Söhne der mainzischen Amtmänner Heidenreich und Ritter Johann, mit dem Erbschenkenamt und ihrem Teil des Zehnts zu Kirchhain, StA MR, Urk. X 5 Schenck zu Schweinsberg 1459 März 4.

16 StA MR, Best. 17d Regierung Kassel, Adelsrepositor, Schenck zu Schweinsberg, Nr. 2.

17 DIEFENBACH (wie Anm. 4), S. 67 f.

18 Die exorbitante Verschuldung der Familie wird überdeutlich in StA MR, Best. 17d Regierung Kassel, Adelsrepositor, von Löwenstein, Klassifikationspunkt Schulden, s. auch Jürgen ACKERMANN: Verschuldung, Reichsdebitverwaltung, Mediatisierung. Das Beispiel der Grafenschaft Ysenburg-Büdingen 1687-1806 (Schriften des Hessischen Landesamtes für geschichtliche Landeskunde 40), Marburg 2002, S. 12-86.

*alte Fürst von Spielberg*<sup>19</sup>, *Großoheim des jetzigen*<sup>20</sup>, stand unter kaiserlicher Sequestration und hatte einerseits nicht viel zu verzehren, andererseits ebensowenig zu regieren. Er lag daher tagelang im Fensterflügel seines Schlosses oberhalb des Tors, beschaute die Leute, die aus und ein gingen, rief sie wohl auch persönlich an und beschied sie zu sich herauf.<sup>21</sup> Der Gefahr der Überschuldung oder Zersplitterung ihres Besitzes begegneten die Schencken schon frühzeitig durch den Abschluß eines Ganerbenvertrages bzw. Burgfriedens. Dieser Burgfrieden aus dem Jahr 1477<sup>22</sup> enthielt als entscheidende Bestimmung die Unverkäuflichkeit der Schenckischen Besitzanteile an Fremde sowie den Ausschluß der Töchter von der Erbfolge. Jeder Ganerbe war verpflichtet, seinen nächsten Verwandten oder den übrigen Ganerben ein Vorkaufsrecht einzuräumen. Der Ausschluß aus der Ganerbengemeinschaft stellte eine wirksame Sanktion dar, konnte doch die Übernahme eines Besitzanteils nur durch den vorherigen Schwur auf den Burgfrieden mit seinen Bestimmungen erreicht werden. Der Burgfrieden sicherte darüber hinaus den Bestand einer wirksamen Verteidigungsgemeinschaft zugunsten der Burg Schweinsberg. Alle Ganerben waren zum gegenseitigen Schutz verpflichtet – selbst außerhalb der Burg wohnende Ganerben mußten bei Gefahr einen gewappneten Knecht mit Armbrust stellen. Gleichzeitig stand die Friedenspflicht bei Streitigkeiten und Fehden im Mittelpunkt der Bestimmungen, denn die Schädigung eines Ganerben oder seines Besitzes in Schweinsberg und im Burgfriedensbezirk war untersagt, Streitigkeiten waren möglichst schnell beizulegen. Außerdem war es verboten, die Diener und Untertanen eines anderen Schencken oder die Bürger von Schweinsberg und ihren Besitz zu schädigen; Verfehlungen gegen diese Bestimmungen wurden mit einem detaillierten Strafkatalog sanktioniert. Hinzu trat die Bestimmung, daß die Öffnung der Burg zugunsten anderer Interessenten nur dann erfolgen sollte, wenn eine finanzielle Gegenleistung und der Schwur auf den Burgfrieden erfolgt waren. Der bis in das 18. Jahrhundert immer wieder erneuerte Burgfriede sicherte den Zusammenhalt der Familie und ermöglichte das geschlossene Auftreten der Schencken, d.h. auch mit dem entsprechenden finanziellen Rückhalt, um einen langwierigen Prozeßverlauf am Reichskammergericht durchstehen zu können.

Die Verleihung zweier Privilegien durch Kaiser Ludwig den Bayern<sup>23</sup> im Jahr 1332 spielte in der Argumentation der Schencken gegenüber den Ansprüchen der landgräflichen Superioritas im 18. Jahrhundert eine besondere Rolle. Im Jahr 1332 verließ Kaiser Ludwig der Ortschaft Schweinsberg das Frankfurter Stadtrecht und einen Wochen-

19 Johann Aloysius I., Fürst von Oettingen-Spielberg (reg. 1737-1780)

20 Johann Aloysius III., Fürst von Oettingen-Spielberg (reg. 1797-1843)

21 Ritter von Lang: Die Memoiren des Ritters von Lang, hrsg. von Hans HAUSSHERR, Stuttgart 1957, S. 29.

22 StA MR, Urk. X 5 Schenck zu Schweinsberg 1477 Januar/Februar. Eine Abschrift des Burgfriedens befindet sich in StA MR, Best. 17d Regierung Kassel, Adelsrepositur, Schenck zu Schweinsberg, Nr. 35. Die Transkription der Urkunde ist diesem Aufsatz angefügt und folgt einer ungedruckten Transkription, die durch Wilhelm A. Eckhardt erstellt wurde und sich bei der Urkunde befindet. Siehe auch Henning BECKER: Familiensoziologische Untersuchungen hessischer Ganerbenfamilien des 14. bis 17. Jahrhunderts am Beispiel der Schenken zu Schweinsberg und der von Hatzfeld (Diss.), Berlin 1983, S. 44-78.

23 Zur Biographie s. Heinz THOMAS: Ludwig der Bayer. Kaiser und Ketzer, Regensburg 1993.

markt – hinzu trat das Recht zur Ansetzung von vier Juden.<sup>24</sup> Ritter Ruprecht Schenck zu Schweinsberg erhielt diese Privilegien für seine Verdienste für das Reich, die wahrscheinlich in Geldzahlungen für den Kampf Ludwigs des Bayern gegen Papst Johannes XXII.<sup>25</sup> bestanden. Diese Privilegien besaßen aber schon deshalb keinen hohen Stellenwert, weil Kaiser Ludwig zwischen 1329 und 1332 in einer Art Ausverkauf etwa 50 Orten das Stadtrecht verlieh, darunter auch Darmstadt<sup>26</sup>, Dietz<sup>27</sup>, Gleiberg<sup>28</sup> und Eltvile<sup>29</sup>. Kaiser Ludwig selbst schränkte den Wert dieser Privilegien wieder ein, indem er in einer Urkunde vom 3. März 1332 zugunsten der Reichsstadt Frankfurt die Erklärung abgab: *Und waz wir friheit iemanne getan haben, die wollen wir also von menlichen verstan und wollen ouch, daz iz allermenlich verste und verneme als wir haben: daz sie sagetane friheit an wochenmarkten mogent haben, und ir urteil zû suchen nach der stat rechte, darnach wir in dan friheit haben gegeben. Und meynen nicht, daz dieselben stete, markte ader dorfer alle alte friunge und bisundern gnate sulen haben, die Frankenvord und ander unser und des riches stete, die sie beide von uns und unsern forfarn Romischen keysern und konigen hant herbracht von alter und noch habent.*<sup>30</sup>

Gestützt u.a. auf diese Privilegien gelang es den Schencken bis in das 16. Jahrhundert ihre Sonderstellung zu behaupten – selbst Landgraf Philipp hatte noch im Jahr 1520 an Graf Bernhard zu Solms geschrieben, daß *wir ahn dem schloß zu Schweinsberg eins erblich gemeine öffnung, aber dis nicht anders dann zu nott und inen den Schencken solch schloß halben weiter nit zu gebieten noch zu verbieten.*<sup>31</sup> Obwohl Landgraf Philipp und seine Söhne über die Beschneidung der hohen Gerichtsbarkeit in den Gerichten des landsässigen Adels wichtige Hoheitsrechte an sich zu ziehen suchten und mit dieser Politik im 16. Jahrhundert den Einfluß der hessischen Adelsfamilien begrenzen konnten – so verzichteten die Schencken im Jahr 1570 für das Gericht Reizberg auf die Ausübung der Blutjustiz und auf die Aburteilung von Beleidigungen und

24 StA MR, Urk. X 5 Schenck zu Schweinsberg 1332 Januar 27 und 1332 Januar 27a. Die Transkriptionen der beiden Urkunden sind diesem Aufsatz angefügt. Zur Motivation s. Wilhelm A. ECKHARDT: Schweinsberg 650 Jahre Stadt, in: 650 Jahre Stadt Schweinsberg, Marburg 1982, S. 5-14.

25 Jürgen MIETHKE: Der Kampf Ludwigs des Bayern mit Papst und avignonesischer Kurie in seiner Bedeutung für die deutsche Geschichte, in: Hermann NEHLSSEN/Hans Georg HERMANN (Hrsg.): Kaiser Ludwig der Bayer. Konflikte, Weichenstellungen und Wahrnehmung seiner Herrschaft, Paderborn 2002, S. 39-74.

26 Johann Friedrich BÖHMER: Regesten Kaiser Ludwigs des Baiern und seiner Zeit, Frankfurt/M. 1839, Nr. 1155 (Stadtrecht) und Nr. 1157 (Privileg zur Ansetzung von 24 Juden).

27 Ebd., Nr. 1020 und Nr. 1064.

28 Ebd., Add. II, Leipzig 1846, Nr. 2991.

29 Regesten der Erzbischöfe von Mainz von 1289-1396, bearb. von Heinrich OTTO, Abt. 1 Bd. 2, Darmstadt 1932, Nr. 3239.

30 ISG Frankfurt/M., Privilegien, Nr. 46, Druck bei Johann Friedrich BÖHMER: Urkundenbuch der Reichsstadt Frankfurt, Frankfurt/M. 1905, Nr. 434, Regest bei Johann Friedrich BÖHMER (wie Anm. 26), Nr. 1424. Ebenso für Gelnhausen und Wetzlar: Add. I, Frankfurt/Main 1841, Nr. 2752 und Add. III, Innsbruck 1865, Nr. 3330.

31 StA MR, Best. 17d Regierung Kassel, Adelsrepositor, Schenck zu Schweinsberg, Nr. 55 (Abschrift).

Ehesachen<sup>32</sup> sowie im Jahr 1577 für das Eigengericht auf die Peinliche Gerichtsbarkeit<sup>33</sup> -, war die Landesherrschaft in Oberhessen keineswegs so gefestigt, daß schon durch Gewohnheit die Rechte der Landgrafen unangreifbar waren.<sup>34</sup>

Der nachfolgende Kampf um Oberhessen zwischen den Landgrafen von Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt und der damit verbundenen Schwächung der Landesherrschaft behinderte den Aufbau eines geschlossenen Herrschaftsgebietes mit einheitlicher Superiorität und Landesverwaltung. Das Scheitern der Einverleibung Waldecks<sup>35</sup>, die Abdankung Landgraf Moritz' im Jahr 1627<sup>36</sup> sowie die spätere Auseinandersetzung der hessischen Ritterschaft mit Landgräfin Amalie Elisabeth um die Ausgestaltung der Landeshoheit in den Jahren 1646 bis 1655<sup>37</sup>, zusätzlich verschärft durch die Verheerungen des Krieges, verzögerten eine konsequente Durchsetzung der Landesherrschaft.<sup>38</sup> So kam es zu Beginn des 18. Jahrhunderts zu schwerwiegenden Auseinandersetzungen mit der Familie Schenck zu Schweinsberg um die Superiorität und die damit verbundenen Rechte, die sich in einer wahren Prozeßflut entluden.

---

32 Ulrich WEISS: Die Gerichtsverfassung in Oberhessen bis zum Ende des 16. Jahrhunderts, Marburg 1978, S. 251. Zum Ausbau der Landesherrschaft am Beispiel der Städte siehe J. Friedrich BATTENBERG: Stadtfreiheiten in der Landesherrschaft. Zur Entwicklung von Gesellschaft und Verfassung in der Stadt Nidda im 16. und 17. Jahrhundert, in: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde 54 (1996), S. 73-110.

33 Ulrich WEISS (wie Anm. 32), S. 253.

34 Fritz WOLFF: Dynastie und Territorium (bis ca. 1550), in: Inge Auerbach (Hrsg.): Reformation und Landesherrschaft. Vorträge des Kongresses anlässlich des 500. Geburtstages des Landgrafen Philipp des Großmütigen von Hessen vom 10. bis 13. November 2004 in Marburg (VHKH 24,9), S. 17-30, hier S. 24-29.

35 Gerhard MENK: Die Beziehungen zwischen Hessen und Waldeck von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis zum Westfälischen Frieden, in: Geschichtsblätter für Waldeck 75 (1987), S. 43-206.

36 Zur Auseinandersetzung zwischen Landgraf Moritz und der hessischen Ritterschaft s. Armand MARUHN: Necessitäres Regiment und fundamentalgesetzlicher Ausgleich. Der hessische Ständekonflikt 1646-1655 (QFHG 139), Darmstadt/Marburg 2004, S. 24-32; Gerhard MENK: Ein Regent zwischen dem Streben nach politischer Größe und wissenschaftlicher Beherrschung des Politischen, in: Ders. (Hrsg.): Landgraf Moritz der Gelehrte – Ein Calvinist zwischen Politik und Wissenschaft, Marburg 2000, S. 7-78; s. auch Karl E. DEMANDT: Die hessischen Landstände im Zeitalter des Frühabsolutismus, in: HessJBLG 15 (1965), S. 38-108; Karl Otmar Freiherr von Aretin: Landstände und kaiserliche Politik im 18. Jahrhundert, in: Alois GERLICH u.a. (Hrsg.): Hessen in der Geschichte. Festschrift für Eckhart G. Franz zum 65. Geburtstag, Darmstadt 1996, S. 145-158.

37 Armand MARUHN (wie Anm. 36), S. 248-262.

38 Volker PRESS: Hessen im Zeitalter der Landesteilung (1567-1655), in: Walter HEINEMEYER (Hrsg.): Das Werden Hessens (VHKH 50), Marburg 1986, S. 267-331. Siehe zu Hessen-Darmstadt: Ludolf PELIZAEUS: Nemo potest duobus dominis servire. Hessen-Darmstadt im Spannungsfeld zwischen Kaiser und Frankreich im Umfeld des hanauschen Erbfalls 1717-1748 (QFHG 125), Darmstadt und Marburg, 2001, S. 65-77 (Die territoriale Situation der Landgrafschaft).

## II

Am 2. Oktober 1739 wandten sich die Schencken zu Schweinsberg mit folgendem Anliegen an Landgraf Friedrich I.: der in Schweinsberg ansässige Metzger Jakob Eybsohn hatte gemäß § 26 der neuen Judenordnung vom 12. August 1739<sup>39</sup> verlangt, den Schutzjuden zu Schweinsberg das Schlachten und den Einzelverkauf von Fleisch zu untersagen. Da in Schweinsberg keine Zünfte eingerichtet seien, so die Forderung des Metzgers, müßten solche eingerichtet werden, um dem entsprechenden Paragraphen Geltung zu verschaffen. Die Schencken verwahrten sich gegen solche Forderungen mit dem Argument, daß sie mit kaiserlichen Privilegien ausgestattet seien und deshalb in ihren Gerechtsamen und Freiheiten nicht eingeschränkt werden dürften. Außerdem stünden ihnen das Stammhaus und die Stadt Schweinsberg eigentümlich zu, bei der freiwilligen Inkorporation in das Fürstentum Hessen habe der Landgraf den Schencken die Unverletzlichkeit ihrer Gerechtsame zugesichert – deshalb würde sich die Familie auch jetzt noch in einem Sonderstatus befinden, der weit über die Gerichtsbarkeit der anderen adeligen Landsassen hinausginge.<sup>40</sup> Der Geheime Rat zu Kassel beauftragte daraufhin die Regierung Marburg mit der Erstellung eines Gutachtens zum rechtlichen Status der Schencken zu Schweinsberg im Hinblick auf die Landeshoheit und die Ausübung der landesherrlichen Rechte. Die Regierung Marburg übersandte am 4. Februar 1740 das angeforderte Gutachten; ein Gutachten, das aufschlußreiche Einblicke in die Bewertung der Superiorität und der damit verbundenen Rechte durch die landgräfliche Regierung erlaubt.<sup>41</sup>

Zunächst begutachtete die Regierung die Urkunde aus dem Jahr 1279, mit der die Schencken ihre erstmalige und freiwillige Inkorporation begründeten, und kam zu dem nur bei sehr freier Interpretation des Urkundentextes vertretbaren Ergebnis, daß dort ausdrücklich von *pincernae nostri* die Rede sei und somit die Schencken zu dieser Zeit bereits ein Hofamt inne hatten.<sup>42</sup> Außerdem habe der Landgraf die Schencken als seine

39 § 26 lautet: *Und weilien sie die Juden zum Sechs und Zwanzigsten mit dem Garn- Häute- und Leder-Kauff, auch dem Schechten in ihren Häusern und soviel zu ihrer Haushaltung nöthig, ungehindert der Leinweber- Schuster- und Metzger-Zünffte bishero privilegirt gewesen, so hat es auch darbey nochmals und bis zu anderwarte Verordnung sein Verbleibens, doch daß, so viel den Leder-Kauff betrifft, sie zu mehrerer Abwendung der Wild-Dieberey, der unterm 15. Tag Febr. 1680 emanirten Verordnung genau nachleben, mithin von allen denjenigen Wild-Häuten, so ihnen zu verkauffen angetragen, und sie an sich erhandeln werden, ihren Obern- und Beamten, wie auch Ober- und Unter-Förstern gehörige Anzeige thun und die Verkäuffere namhafft machen, sodann was das Schlachten ihres eigenen zum Haushalt nöthigen Viehes angehet, denen Juden weder die hinter-Viertel vom mißlungenen Vieh Pfunds-weise, sondern jederzeit gantze Viertel zu verkauffen erlaubt, gestalten dann auch selbige vom brauchbaren Vieh die Köpfe anderwärts nicht verlassen dörrffen. Das Bier-Brauen aber zu feilem Kauff sol ihnen gantzlich untersagt sein.* Abgedruckt in: Sammlung Fürstlich-Hessischer Landes-Ordnungen und Ausschreiben, Vierter Teil, Kassel 1782, S. 586-599.

40 StA MR, Best. 17d Regierung Kassel, Adelsrepositur, Schenck zu Schweinsberg, Nr. 218, fol. 1 f.

41 Für das Folgende ebd., fol. 8-22.

42 StA MR, Urk. X 5 Schenck zu Schweinsberg 1279 Juni 24. Text der Urkunde: *Quod inter nos et dilectos nobis Gunthramum militem, Eiberhardum et Gunthramum fratres, pincernas de Swenesperg, castrenses nostros hereditarios tractatum est (...).*



*castrenses hereditarios* bezeichnet, also als Erbburgmannen; damit sei klar zu sehen, daß die Schencken durch das Erbschenkenamt bereits vorher hessische Ministeriale gewesen sind und als Erbburgmannen zur hessischen Ritterschaft gehört haben. Hinzu komme, daß die Urkunde ja nur eine Verbesserung ihres bisher von der Landgrafschaft Hessen getragenen Lehens darstelle. Die Einräumung des Öffnungsrechts, so die Regierung Marburg in ihrem Gutachten, könne zwar nach der jetzigen Reichsverfassung wunderlich scheinen, aber in der Zeit des Interregnums und der Fehdezeit sei es nicht ungewöhnlich gewesen, daß der Landes- und Lehnherr sich bei seinen Vasallen und Landsassen das Öffnungsrecht vorbehalten habe – und eben der Vorbehalt des *ius aperturae* gehöre zu den Superioritätsrechten des Landesherrn. Zwar habe es den hessischen Landgrafen im 14. Jahrhundert im Kampf mit Kurmainz um die Landesherrschaft viel Mühe gekostet, die hessische Ritterschaft an sich zu binden, aber am Ende des 15. Jahrhunderts seien nicht nur der Allgemeine Landfriede erklärt<sup>43</sup>, sondern auch die deutschen Provinzen schrittweise, insbesondere durch die im 16. Jahrhundert einsetzende Aufrichtung von Kanzleien und Regierungen, in eine ordentliche Regimentsform gebracht worden. Auch das Stadtrechtsprivileg Kaiser Ludwigs des Bayern wurde durch die landgräfliche Regierung zu Marburg als wenig überzeugend eingeschätzt, denn *allein vorerst ist bekandt, daß inn die Zeiten des Kayzers Ludovici Bavari, Caroli IV. und Wenceslai die StadtConcessiones und Privilegia gar gemein und frequent gewesen und nicht nur die Land-Saßen, sondern auch die Reichs-Stände selbstn sich bey denen Kaysern Privilegia über Städte, Wochen-Märckte, ja gar Mühlen auffzurichten, ausgewürcket haben, wovon aber auff die heutige Zeiten und Reichs-Verfaßung gar schlecht und unschicklich argumentiret werden würden*<sup>44</sup>. Ebenso entspreche das erteilte Judenprivileg nicht mehr der geänderten Reichsverfassung, denn die Polizeiodnungen der Jahre 1548 und 1577 würden eindeutig bestimmen, daß niemand Juden aufnehmen solle, der nicht Regalien von Kaiser und Reich habe.<sup>45</sup> Da das Judenprivileg der Schencken widerrufen und auch nicht erneuert worden sei, ebenso die Schencken keine Regalien vom Reich haben würden, könne auch kein besonderes Recht aus diesem alten Privileg abgeleitet werden.<sup>46</sup> Insgesamt kam die Regierung Marburg zum Ergebnis, daß die angebliche Sonderstellung der Schencken ohne Grundlage sei und

43 Text bei Arno BUSCHMANN (Hrsg.): Kaiser und Reich. Klassische Texte zur Verfassungsgeschichte des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation vom Beginn des 12. Jahrhunderts bis zum Jahr 1806, München 1984, S. 157-164.

44 Jean-Marie MOEGLIN: Das Bild Ludwigs des Bayern in der deutschen Geschichtsschreibung des Spätmittelalters, in: Hermann NEHLSSEN/Hans-Georg HERMANN (wie Anm. 26), S. 199-260.

45 Der Text in der Polizeiodnung aus dem Jahr 1577, Titul. 20,1 lautet: *So setzen, ordnen und wollen wir anfänglich, daß fürohin niemandt jüden anzunehmen oder zu halten gestatt werden sol, dann den jenigen, die von uns und dem heiligen reich regalia haben oder insonderheit derhalben previligirt seind.* Abdruck bei: Matthias WEBER: Reichspolizeiordnungen von 1530, 1548 und 1577. Historische Einführung und Edition, Frankfurt/M. 2002, S. 246.

46 Das Reichskammergericht hatte aber in einem Prozeß der Familie Schenck zu Schweinsberg gegen die Regierung Marburg von 1713-1727 die Rechtmäßigkeit von Besitz und Ausübung des Judenschutzrechtes innerhalb von Schloß, Stadt und Bezirk Schweinsberg zugunsten der Schencken bestätigt. StA MR, Best. 255 Reichskammergericht, Nr. S74.

deshalb die Schencken nicht nur hessische Landsassen, sondern unter diesen auch ohne besondere Herrschaftsrechte sein müßten.

Bereits am 1. September 1738 hatte die landgräfliche Regierung zu Marburg den Ganerbenvertrag von 1699 mit der Begründung kassiert, daß dieser Vertrag der Landeshoheit widerspreche.<sup>47</sup> Nachdem die Familie Schenck gegen die Aufhebung beim Reichskammergericht geklagt hatte<sup>48</sup>, erarbeitete die Regierung zu Marburg ein Gutachten über die Gültig- und Verbindlichkeit des Schenckischen Burgfriedens.<sup>49</sup> Die Regierung argumentierte, daß es zwar früher aufgrund des geltenden Faustrechts üblich gewesen sei, daß nicht nur Fürsten und Stände, sondern auch der Adel seine Burgen und Schlösser befestigt habe. Die damaligen Landesfürsten hätten diese Vereinigungen weder verbieten können noch wollen, da in jenen unruhigen Fehdezeiten der Widerstand gegen fremde Gewalten wichtiger gewesen sei. Nachdem aber unter Kaiser Maximilian der Landfriede wieder gefestigt worden und, insbesondere durch die Aufrichtung des Reichskammergerichts, der Reichskreise und der Reichsmatrikel, das Reich selbst in eine bessere und ordentliche Verfassung gesetzt worden sei, müsse die weitere Existenz solcher Ganerbenverträge *post mutatam imperii formam* der Reichsverfassung zuwiderlaufen. Hinzu komme, daß die Landeshoheit nicht nur durch die Wahlkapitulationen, sondern auch durch den im 16. Jahrhundert aufgekommenen *militem mercenarium* gestärkt worden sei. Außerdem gehöre das *ius armandiae et foederum*<sup>50</sup> zur *superioritas territoriale*, also zur Territorialhoheit des Landesherrn. Deshalb bedürfe jeder Ganerbenvertrag der Genehmigung durch den Landesherrn. Selbst der Kaiser erlaube seiner Reichsritterschaft nicht, obwohl sie dem Kaiser nicht so stark unterworfen sei, wie die mediate Ritterschaft ihrem Landesherrn, Ganerbenverträge ohne Bestätigung zu errichten.<sup>51</sup> Eine besondere Unbotmäßigkeit sah die Regierung Marburg in der Bestimmung des Artikels XIII des Ganerbenvertrages von 1699, wo als Austrägalgericht das hessische Samthofgericht oder das Reichskammergericht und damit die mögliche Umgehung der landesherrlichen Justizinstanzen festgelegt worden war.

Die Auseinandersetzungen zwischen der Landgrafschaft Hessen und der Familie Schenck zu Schweinsberg erreichte im Jahr 1754 einen weiteren Höhepunkt, als sich der Procurator fisci Grau per Schreiben vom 7. Oktober an die landgräfliche Regierung zu Marburg wandte und folgendes Problem schilderte: *da ich bey meiner ohnlängstigen Land Visitation zu Schweinsberg gewahr worden, daß die Herren Schencken zu Schweinsberg die zwischen dem Hochfürstlich Hessischen und Churfürstlich Mayntzischen auch Hochfürstlich Darmstadtischen Territoriis in vorigen Zeiten gesetzte Landgrenzsteine in der Gegend Schweinsberg mit ihrem Schenckischen Wappen auff der*

47 StA MR, Best. 17d Regierung Kassel, Adelsrepositur, Schenck zu Schweinsberg, Nr. 35.

48 StA MR, Best. 255 Reichskammergericht, Nr. S79. Das Reichskammergericht hob das Dekret der Regierung Marburg über die Annullierung des Ganerbenvertrages von 1699 auf.

49 Ebd., fol. 9-43.

50 Zum einen das Recht, die Untertanen in Waffen üben zu lassen, eine Landmiliz einzurichten und entsprechen mit Waffen und Uniform auszustatten, zum anderen das Recht, mit Staaten Verträge zu schließen.

51 Als Argument wird die im Jahr 1720 erfolgte Erhebung der Familie Walpot von Bassenheim in den Reichsgrafenstand und die nachfolgende Auseinandersetzung mit der Burg Friedberg wegen der Burgstatuten von 1511 vor dem Reichshofrat angeführt.

der eine Seite bezeichnen lassen, dabey, was noch mehr ist, auff der andern Seite besagter Grentzsteine das Chur Mayntzische und respective fürstliche Darmstädtische Wappen eingehauen sich befindet, dann dieses ein höchst straffbarer Eingriff in Unsers Gnädigsten Landesfürsten Landeshoheit über Schweinsberg und das dazu gehörige Territorium ist.<sup>52</sup> Da der Prokurator fisci die Landgrafschaft Hessen-Kassel von der Landkarte getilgt fand, war seine Forderung entsprechend scharf: die Familie Schenck zu Schweinsberg sollte nicht nur aufgefordert werden, ihre Wappen auf eigene Kosten aushauen und durch herrschaftliche Wappen ersetzen zu lassen, sondern auch wegen ihres Eingriffs in die Landeshoheit nachdrücklich bestraft werden. Die Familie Schenck zu Schweinsberg antwortete auf diese Vorwürfe am 12. November 1754 mit dem Hinweis, daß sich der Procurator fisci durch einen unnötigen Prozeß nur selber Last mache, da die Grenzsteine schon seit Menschengedenken und von den Voreltern nach einer alten Grenzbeschreibung errichtet seien. Außerdem habe das hochfürstliche Haus Hessen-Kassel diese Grenzziehung konfirmiert, es gebe also keinen Disput über die Landeshoheit; hinzu komme aber, daß es bisher mit Hessen-Darmstadt keine Grenzirrunge gegeben habe, ein Angreifen der Grenzsteine könne aber einen Anlaß bieten.<sup>53</sup> Dem Antwortschreiben war die Kopie eines Grenzvertrags bzw. der Ratifikation mit Landgraf Ludwig IV. von Hessen-Marburg und den Schencken zu Schweinsberg aus dem Jahr 1579 bzw. 1580 beigelegt, in der es hieß: *als viel aber das gemeine Holtz anlangt, soll eine schmurstracke Schneise von dem Scheidstein, welcher bei dem Kirchsteg stehet, und mit dem Mayntzischen Wappen auf der einen, aber auf der andern Seiten mit einem Schenckischen Wappen gezeichnet ist, p. bezogen werden pp.*<sup>54</sup>

Der Procurator fisci machte daraufhin geltend, daß als Beweis nur Kopien eingereicht wurden, selbst wenn die Originale verfügbar wären, so sei doch offensichtlich, daß man damals die Grenzsteine *demonstrationis gratia* mit dem Schenckischen Wappen habe bezeichnen lassen; auch deshalb, weil im 16. Jahrhundert die Reichsstände oder ihre Minister und Diener nicht auf alle Punkte, die zur Territorialsuperiorität gehörten, geachtet hätten, wie es dann seit dem Westfälischen Frieden üblich geworden sei. Wenn auch die Schencken die Landeshoheit prinzipiell anerkennen würden, so könnten sie nicht einen Teil der Landeshoheit, der ja in der Bezeichnung der Landesgrenzen mit dem Wappen des Landesherrn bestehe, mißachten. Außerdem könne die Aushauung des Schenckischen Wappens ohne Verrückung der Grenzsteine geschehen.<sup>55</sup> In der Duplik vom 25. April 1755 beriefen sich die Schencken zu Schweinsberg nochmals auf ihr altes Recht und vertraten die Ansicht, daß durch die Bezeichnung der Grenzsteine die Landeshoheit nicht berührt werde, ebenso wie man von der hohen Jagdgerechtigkeit nicht auf die Landeshoheit schließen könne. Sie begründeten ihren Einspruch mit dem Marburger Rechtsgelehrten Regnerus Sixtinus<sup>56</sup>, der in seinem

52 StA MR, Best. 17d Regierung Kassel, Adelsrepositur, Schenck zu Schweinsberg, Nr. 62, fol. 1-3.

53 Ebd., fol. 7-9.

54 Ebd., fol. 14.

55 Ebd., fol. 35-44.

56 Regnerus Sixtinus: Tractatus de regalibus, Mühlhausen 1602. Regnerus Sixtinus wurde im Jahr 1543 in Leuwarden geboren. Er studierte Recht in Bourges und erwarb in Orleans den Doktor der Rechte. Sixtinus ging im Jahr 1568 als Professor nach Marburg und wurde 1580 Primarius der

Werk *tractatus de regalibus* das Recht zur Bezeichnung der Grenzsteine ebenfalls nicht zur Landeshoheit sondern *inter regalia maiora* bestimmt habe.<sup>57</sup>

Am 6. Juni 1755 entschied dann die Regierung zu Marburg, daß die Schencken zu Schweinsberg zur Änderung des Wappens verpflichtet seien<sup>58</sup>, worauf die Familie gegen diesen Bescheid am 28. Juni 1755 beim Oberappellationsgericht zu Kassel Einspruch erhob. Am 22. Dezember 1756 urteilte das Oberappellationsgericht, die zwischen dem Kurmainzischen Amt Amöneburg und dem Schenckischen Gericht stehenden Grenzsteine *in statu quo* zu belassen, aber bei neuen Grenzsteinsetzungen auf der hessischen Seite allein das landesherrliche Wappen zu verwenden.<sup>59</sup> Bereits im Jahr 1763 beabsichtigte Hessen-Kassel, die Grenze zu Kurmainz und Hessen-Darmstadt neu zu regulieren und dabei Grenzsteine mit dem landesherrlichen Wappen zu verwenden – alle weiteren Einsprüche der Schencken zu Schweinsberg wurden im Jahr 1780 entsprechend des Urteils aus Kassel zurückgewiesen.<sup>60</sup>

Nachdem sich die Streitigkeiten zwischen den Schencken und der Landgrafschaft Hessen-Kassel so zugespitzt hatten, daß über 50 Punkte, z.T. in kostspieligen Reichskammerprozessen, anhängig waren, baten die Schencken beim Landgrafen im Jahr 1742 um die Einsetzung einer Spezialkommission zur Vergleichung der strittigen Punkte.<sup>61</sup> Im Jahr 1747 hatte die landgräfliche Regierung zu Marburg die ersten Vorarbeiten zur Erstellung eines Vergleichsentwurfs abgeschlossen – der eigentliche Vergleich wurde aber erst 1779 bzw. 1780 ratifiziert.<sup>62</sup> In diesem Vergleich mußten die Schencken auf wichtige landeshoheitliche Rechte verzichten, selbst in Gebieten mit starken Rechtspositionen wie in Schweinsberg oder im Eigengericht kam es zur weitgehenden Anerkennung der landeshoheitlichen Rechte. Die Schencken mußten nicht nur auf die Peinliche Gerichtsbarkeit im Eigengericht, sondern auch auf den Judenschutz in Schweinsberg, im Eigengericht und im Gericht Reizberg verzichten. Sie durften in Zukunft weder Judenschutzbriefe ausstellen noch Juden ohne landesherrlichen Schutzbrief in ihre Gerichte aufnehmen. Ebenso mußten die Schencken mit der Anerkennung der landgräflichen Wollordnung und der damit verbundenen Erhebung des Wollzolls für Schweinsberg das Recht des Landesherrn auf Erlaß von Landesordnungen und damit die Landeshoheit der Landgrafen konzedieren. Selbst bei der Kirchenzucht (Kognition von Matrimonialsachen) und Kirchenaufsicht (Einsetzung von Pfarrern, Haltung von Kirchenvisitationen, Abhörnung von Kastenrechnungen usw.) ver-

---

Juristenfakultät und Rat am Hessischen Obergericht. In den Jahren 1594 bis 1617 war er Mitglied des Geheimen Rates in Kassel und wirkte in der Kommission zur Ausarbeitung des hessischen Landrechts und einer Gerichtsverfassung mit. Sein Hauptwerk *tractatus de regalibus* erlebte in neun Auflagen eine weite Verbreitung. (Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 33, Leipzig 1892, S. 441 f.).

57 StA MR, Best. 17d Regierung Kassel, Adelsrepositur, Schenck zu Schweinsberg, Nr. 62, fol. 57-62.

58 Ebd., fol. 127 f.

59 Ebd., fol. 147-149.

60 Ebd., fol. 217.

61 Für das Folgende StA MR, Best. 17d Regierung Kassel, Adelsrepositur, Schenck zu Schweinsberg, Nr. 219.

62 StA MR, Urk. A I d Verträge, Schenck zu Schweinsberg 1779 Februar 18/1780 Mai 11.

pflichteten sich die Schencken nicht nur, alle Prozesse bei kaiserlichen Gerichten zu beenden, sondern *sich auch überhaupt zu verbinden, wie andern von Adel und Landsassen, allen herrschaftlichen Landes-Kirchen- und Consistorial-Ordnungen auch den Land-Tags-Abschieden gemäß zu leben*. Selbst kleinere Zugeständnisse des Landgrafen konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß damit die Einbindung der Schencken in den hessischen Territorialverband vollzogen war. Und doch kam es im Jahr 1784 noch einmal zu einer bedeutenden Auseinandersetzung, deren Ausgang aber die Einbindung der Schencken deutlich aufzeigt.

Am 12. November 1784 wandte sich das Peinliche Gericht zu Marburg an die Regierung zu Marburg und berichtete, daß der Schenckische Syndikus Ulrich um die Entsendung eines Nachrichters gebeten habe, um die Tortur an einem gefangenen Juden vollziehen zu können.<sup>63</sup> Nachdem sich die Regierung über die Handhabung dieses Ansuchens nicht schlüssig war, erfolgte eine Anfrage an den Geheimen Rat und dieser lehnte die Anwendung der Tortur ab.<sup>64</sup> Daraufhin klagte die Familie Schenck zu Schweinsberg am 6. Dezember 1784 beim Oberappellationsgericht zu Kassel gegen den Bescheid der Regierung Marburg und schilderte den konkreten Fall<sup>65</sup>: ein Betteljude und Landstreicher namens Levi aus Rotterdam habe aus einem Haus in Schweinsberg zwei Geldbeutel mit 277 Gulden und 13 großen Talern gestohlen, die nach der Gefangennahme auf seinem Fluchtweg gefunden wurden. Deshalb sei das Verfahren nicht nur gründlich untersucht, sondern auch die Juristenfakultät in Marburg um ein Urteil gebeten worden, die dann, auch um die Mitwisser zu ermitteln, ohne die der fremde Jude seine genauen Kenntnisse nicht erlangt haben könne, auf alle drei Grade der Tortur erkannt habe. Auch sei die Peinliche Gerichtsbarkeit in Schweinsberg seit langer Zeit durch die Familie ohne Einspruch des Landesherrn ausgeübt worden – gehöre also zu den vornehmsten und wichtigsten Gerechtsamen der Schencken. Hinzu komme, daß per Prozeßvergleich mit dem Landgrafen vom 18. Februar bzw. 11. März 1780, die Bestrafung der *adulteria duplicia*<sup>66</sup>, eben deshalb, weil den Schencken die Kriminalgerichtsbarkeit in Schweinsberg zustehe, zugesichert worden sei. Wenn die Landesherrschaft die Tortur abschaffen wolle, denn bisher sei kein Reichs- oder Landesgesetz dazu ergangen, so könne sich dieser Wille nicht auf die Patrimonialgerichte erstrecken.

Da der gefangene Jude in der Haft verstorben war<sup>67</sup>, konnte in dieser Sache kein Urteil gefällt werden, aber schon im September 1785 klagte die Familie Schenck zu Schweinsberg auf prinzipielle Anerkennung ihres Rechts der Torturanwendung nach hessischer Art, also mit Daumenstücken, Spanischen Stiefeln und der Leiter. Falls der Landesherr in zukünftigen Landesgesetzen<sup>68</sup> die Tortur untersagen sollte, müsse die

63 StA MR, Best. 17d Regierung Kassel, Adelsrepositur, Schenck zu Schweinsberg, Nr. 63, fol. 1 f.

64 Ebd., fol. 17.

65 Ebd., fol. 31-78.

66 Ehebruch, der von beiden Eheleuten begangen wird.

67 Die Judenschaft von Schweinsberg bat im März 1785 um die Erlaubnis, den toten Juden auf ihrem Friedhof bestatten zu lassen. Diese Erlaubnis wurde durch die Regierung zu Marburg erteilt.

68 In einer Verordnung vom 8.6.1764 hatte Landgraf Friedrich II. verfügt, daß zukünftig nicht auf Folter erkannt werden solle, ohne zuvor eine Anfrage auf Anwendung zu stellen. Aus dieser Ver-

Anwendung des Bambergischen oder Mainzer Instruments unbenommen bleiben. Außerdem habe der Landesherr vor kurzer Zeit selbst einem wegen Diebstahls in Marburg inhaftierten Juden 100 Schläge zur Erlangung eines Geständnisses zudiktiert.<sup>69</sup> Nachdem der Geheime Rat zu Kassel bereits am 12. Mai 1786 festgestellt hatte, daß sich die Schencken zu Schweinsberg der landesherrlichen Verordnung über die Einstellung der Tortur in den Patrimonialgerichten zu beugen hätten<sup>70</sup>, schlug auch das Oberappellationsgericht zu Kassel die Klage ab.<sup>71</sup>

Bevor wir uns der Auswertung und Bewertung dieses Quellenmaterials zuwenden, soll das Beispiel der Familie von Riedesel den Problembereich ergänzen und zur Verdeutlichung der nachfolgenden Interpretation beitragen.

### III

Die Familie Riedesel zu Eisenbach gehörte seit früher Zeit – die ersten Nachweise finden sich bereits für die Mitte des 16. Jahrhunderts<sup>72</sup> – zur fränkischen Reichsritterschaft.<sup>73</sup> Allerdings war die Gemengelage so kompliziert, daß immer strittig war, mit welchen Gebieten die Riedesel zur Reichsritterschaft, zur Landgrafschaft Hessen oder zum Hochstift Fulda gehörten. Hinzu kam, daß die Familie Riedesel erst nach langem Kampf mit dem Hochstift Fulda die Pfandschaft Lauterbach und damit einen wichtigen Teil ihres Herrschaftsgebietes erwerben konnte. Das Hochstift hatte Stadt und Schloß Lauterbach im Jahr 1427 je zur Hälfte an Hessen und Mainz verpfändet; die gesamte Pfandschaft gelangte zwischen 1433 und 1456 an Hermann Riedesel zu Eisenbach. Als im Jahr 1547 Abt Philipp die Pfandschaft kündigte und die Riedesel mit dem Bestreben, die Rückgabe zu vermeiden, allerlei Verzögerungsgründe vorbrachten, besetzte Fulda im Jahr 1548 Lauterbach. Erst nach der Besetzung Fuldas im Jahr 1552/1553

---

ordnung entbrannte der Streit, ob der Landesherr damit die Folter einschränken bzw. vermeiden wolle und ob diese Verordnung auch für die Patrimonialgerichte wirksam sei. Kopie der Verordnung: StA MR, Best. 17d Regierung Kassel, Adelsrepositur, Schenck zu Schweinsberg, Nr. 65, fol. 131.

69 StA MR, Best. 17d Regierung Kassel, Adelsrepositur, Schenck zu Schweinsberg, Nr. 65, fol. 1-8.

70 Ebd., fol. 145.

71 Ebd., fol. 209 f. (nach OberappgerOrd § 1 tit. 3 abgeschlagen).

72 StA DA, Best. F 27 A Herrschaft Riedesel zu Eisenbach, Samtarchiv, Nr. 1/6 und 1/7.

73 Einen umfassenden Literaturüberblick bietet Gerrit WALTHER: *Treue und Globalisierung. Die Mediatisierung der Reichsritterschaft im deutschen Südwesten*, in: Hans Ulrich RUDOLF (Hrsg.): *Alte Klöster – Neue Herren. Die Säkularisation im deutschen Südwesten 1803*, Bd. 2,2, Ostfildern 2003, S. 857-872; s. auch Volker PRESS: *Die Reichsritterschaft im Reich der Frühen Neuzeit*, in: Franz BRENDLE/Anton SCHINDLING: *Volker Press. Adel im Alten Reich. Gesammelte Vorträge und Aufsätze*, Tübingen 1998, S. 205-231; Gabriele HAUG-MORITZ: *Ritterschaftliche Organisation zwischen Westfälischem Frieden (1648) und Ende des Alten Reiches (1806)*, in: Kurt ANDERMANN/Sönke LORENZ (Hrsg.): *Zwischen Stagnation und Innovation. Landsässiger Adel und Reichsritterschaft im 17. und 18. Jahrhundert*, Ostfildern 2005, S.9-21; Brigitte WINKELMANN-HOLZAPFEL: *Besitzungen und Organisation der Reichsritterschaft im hessischen Raum am Ende des Alten Reichs*, in: *HessJbLG* 11 (1961), S. 136-226; Fritz WOLFF: *Grafen und Herren in Hessen vom 16. bis zum 18. Jahrhundert*, in: Walter HEINEMEYER (Hrsg.): *Das Werden Hessens (VHKH 50)*, Marburg 1986, S. 333-347.

durch sächsische Truppen garantierte der Abt den Pfandbesitz auf 30 Jahre und übergab Lauterbach wieder der Familie von Riedesel.<sup>74</sup> Die Familie Riedesel konnte sich durch einen Vergleich mit dem Hochstift Fulda im Jahr 1684 mit der Herrschaft Lauterbach aus dem Lehnsverband lösen: *Also daß die samliche herren RiedEsell freyherrn zu Eisenbach und deren erben solcher Pfandforderung halber (an die Statt und Cent Lauterbach samt deren Zugehör) von dem fürstlichen Stift und menniglichen ewiglich befreyet und ohnangefochten pleiben sollen, darentgegen aber sollen sie, die freyherrn, die gedachte Statt Lauterbach sampt deren Einwohnern, Zinsen, Renten, Gefällen, Reichs- und andern Steuern, Reys, Folg, auch anderer Hoheit, Recht und Gerechtigkeit, nichts davon ausgenommen, (...) als ein wahres fuldisches Lehen tragen und empfangen, dergestalt daß sie sobalden die gewöhnliche Gelübd darüber leisten, iedoch derentwegen mit keinem weiteren Lehentax noch Lehendienst beschwert, sondern bey dem alten Herbringen allerdings gelassen und von dem darüber absonderlich ausfertigenden Lehenbrief bey künftigen Fällen allein die Schreibgebühr entrichtet werden solle; gestalten auch überdas ihre hochfürstlichen Gnaden vor sich und dero Nachkommen am Stift mit fürstlichen Worten zugesagt und versichert, daß die RiedEsell und dero Erben berührter Statt Lauterbach secundum constitutionis imperii et iura statuum zu genießen, von seiten des fürstlichen Stifts Fulda sub praetextu feudalitatis in keinerley Weis noch Wege gehindert, sondern vielmehr gefördert und, da wider verhoffen deswegen Klag vorkommen tete, die Klägere iedesmals ab- und an das keyserliche Cammergericht zu Speyer oder keyserlichen Reichshofrat hingewiesen werden solle.*<sup>75</sup> Dieser Vergleich war eine staatsrechtlich höchst eigentümliche Konstruktion, denn Fulda behielt sich zwar formal die Landeshoheit vor, verzichtete aber vollständig auf die damit verbundenen Rechte.

Wenn es auch hier der Familie Riedesel gelungen war, dem Hochstift Fulda die Landeshoheit über Lauterbach zu entwinden, so hatte doch Hessen-Darmstadt andere Machtmittel, um seine Ansprüche zu bekräftigen. Die Durchsetzung der Landeshoheit wurde mit Nachdruck betrieben, dabei kam zunächst die Politik der Nadelstiche zur Anwendung.<sup>76</sup> Im Jahr 1653 forderte die Regierung zu Gießen die Brüder Johann und Volprecht Riedesel auf, den Erbhuldigungseid zu leisten. Diese Aufforderung mußte als Provokation empfunden werden, denn einerseits hatte Landgraf Georg II. von Hessen-Darmstadt bereits im Jahr 1626 die Regierungsgeschäfte übernommen und andererseits war die Reichsunmittelbarkeit der fränkischen Reichsritterschaft durch ein Privileg Ferdinand III. im Jahr 1652 nochmals garantiert und den Landesfürsten bei Strafe verboten worden, diese unter die Landeshoheit zu zwingen.<sup>77</sup> Die Brüder Riedesel leisteten zwar unter Vorbehalt im Juni 1654 den Eid, wandten sich aber zugleich

74 Eduard BECKER: Die Riedesel zu Eisenbach, Bd. 3, Offenbach 1927, S. 298-310; Berthold JÄGER: Das geistliche Fürstentum Fulda in der Frühen Neuzeit: Landesherrschaft, Landstände und fürstliche Verwaltung (Schriften des Landesamtes für geschichtliche Landeskunde 39), Marburg 1986, S. 387 f.

75 StA MR, Urk. R I a Stiftsarchiv Fulda 1684 August 30, Druck bei Fritz ZSCHAECK: Die Riedesel zu Eisenbach, Bd. 4, Gießen 1957, S. 312-317.

76 Fritz ZSCHAECK (wie Anm. 75), S. 318-330.

77 Abschrift des Privilegs in StA MR Best. 109 Reichsritterschaft Kanton Rhön-Werra, Nr. 201 (1652 Mai 15).

an das Reichskammergericht.<sup>78</sup> Im darauffolgenden Jahr versuchte Landgraf Georg II. unter Androhung von Gewalt, nicht nur in den ihm kontributionspflichtigen Gerichten Zent Lauterbach und Oberohmen, sondern auch in der Stadt Lauterbach Musterungen abzuhalten.<sup>79</sup> Diese Spannungen wurden immer wieder neu belebt, da ja das Grundproblem der Landeshoheit weiter ungeklärt war, und so eskalierte die Situation im Jahr 1712 mit weitreichenden Folgen für die Familie Riedesel.

Am 23. Mai 1712 wandte sich Landgraf Ernst Ludwig von Hessen-Darmstadt an seinen Vetter Landgraf Karl von Hessen-Kassel<sup>80</sup> und schilderte voller Zorn seine Schwierigkeiten mit der Familie von Riedesel<sup>81</sup>: *Ewer liebden geruhen ihre, ab beygehender, in möglichster Kürze abgefaßten specie facti ohnbeschwert vortragen zu lassen, was vor eines schimpflichen attentati sich unsere etlich hundertjährige reichskündige und gehuldigte Landsassen und Unterthanen, die von Riedesel eben in dem Moment, da Wir ein und andern, ihrem vermeinten Beschwerdten die abhelfliche Maß zu geben, im Werk begriffen gewesen, und wann ihr affectirter Hochmuth solches nicht gehindert hätte, wirklich gegeben haben würden, sich angemäset und Wir Unserer notorischen und und Ewer Liebden am besten bekandter Landsfürstlichen possession ungeachtet, sie gleich wohl unter eingebildeten favor eines mit ihrer familie nahen verwandten Ministri (von dessen prudenz Wir Uns doch eines gantz andern persaudiren) insonderheit aber mit Vorschub des diesfals praevenirten Cammer Gerichts Assessoris Ludolphs, bey dem Kayserlichen Cammer Gericht ein Mandatum erschlichen. Gleichwie aber solches Mandatum an sich null und nichtig, auch in denen Reichsgesetzen allbereit heilsamtlich zu versehen ist, daß kein Stand dergleichen nichtigen Verordnungen zu pariren gehalten, vielmehr bey seinem hergebrachten landesfürstlichen Gerechtsamen sich zu manuteniren befugt seye, also werden Wir auch Unsers Orths, ungeachtet des vermeintlichen Mandats, dabey festiglich bestehen (...).* Was war geschehen? Der Oberrheinische Kreis hatte sich im April 1711 darauf geeinigt, eine angebliche Zigeunerplage zu bekämpfen und festgelegt, daß alle Zigeuner, die im Gebiet des Kreises angetroffen, *mit Ruthen ausgehauen, auch mit den Galgen auf dem Rücken gebrandmarkt* und auf ewig aus dem Kreisgebiet ausgewiesen werden sollten.<sup>82</sup> Dazu sollten auf den Straßen und Grenzen der Landesterritorien sog. Zigeunerstöcke errichtet und mit Blechen mit dem Abbild gezüchtiger Zigeuner und der Unterschrift *Zigeunerstraf* versehen werden. Gemäß diesem Beschluß hatte der Landgraf von Hessen-Darmstadt Bleche anfertigen und auch den adeligen Landsassen zur Anbringung übersenden lassen. Aber die Familie von Riedesel errichtete daraufhin nicht nur Zigeunerstöcke mit eigenen Blechen, sondern sandte auch die landesherrlichen Bleche an die Darmstädtische Regierung nach Gießen zurück. Der Landgraf von Hessen-Darmstadt

78 StA DA, Best. F 27 A Herrschaft Riedesel zu Eisenbach, Samtarchiv, Nr. 16/13.

79 StA DA, Best. E 12 Adel und Standesherrn, Nr. 266/21.

80 Entsprechende Schreiben gingen aufgrund der Erbverbrüderung auch an Sachsen-Gotha, Sachsen-Eisenach, Sachsen-Weimar und Brandenburg-Preußen.

81 StA MR, Best. 17d Regierung Kassel, Adelsrepositur, von Riedesel, Nr. 88, fol. 1-6, StA DA, Best. E 12 Adel und Standesherrn, Nr. 249/25.

82 Für das Folgende siehe StA MR, Best. 17d Regierung Kassel, Adelsrepositur, von Riedesel, Nr. 88, fol. 7-12.



vertrat den Standpunkt, daß die Familie von Riedesel bisher nicht nur die Landeshuldigung geleistet, an den Landtagen teilgenommen und Landesmandate bzw. Verordnungen bisher ohne Ausnahme respektiert, sondern auch die Erhebung landesherrlicher Steuern und Ausschreibung von Musterungen akzeptiert habe. Zudem habe die Familie von Riedesel vor hessischen Gerichten Recht gegeben und genommen – daher könne sich die Familie nicht mit den übrigen Ständen des Reiches gleichstellen, sondern müsse die landesfürstliche Obrigkeit anerkennen. Die Familie von Riedesel begründete ihre Verweigerung u.a. mit einem anhängigen fiskalischen Exemtionsprozeß beim Reichskammergericht für die drei strittigen Gerichte Engelrod, Oberohmen und der Zent Lauterbach, den man durch eine selbst indirekte Anerkennung der hessen-darmstädtischen Superiorität nicht gefährden wolle.<sup>83</sup> Daraufhin befahl Landgraf Ernst Ludwig am 13. April 1712 seiner Regierung zu Gießen, den Amtmann in Alsfeld zu beauftragen, sich unter dem Schutz einer Kompanie des landesherrlichen Leibregiments zu Pferd nebst einem kaiserlichen Notar und zwei ausländischen Zeugen in die Riedeselischen Gerichte zu begeben und dort die Zigeunerbleche zu entfernen. Die neuen Zigeunerstöcke sollten nicht etwa nur mit neuen landesherrlichen Blechen, sondern eben mit den von der Familie von Riedesel nach Gießen zurückgesandten Blechen, beschlagen werden. Hinzu kam die Anweisung, die Riedeselischen Bleche nach Gießen zu bringen und die Untertanen der Gerichte bei Vermeidung von Leib- und Lebensstrafe zu ermahnen, sich nicht an den neuen Zigeunerstöcken zu vergreifen. Falls sich ein Mitglied der Familie von Riedesel oder ein beauftragter Beamter bzw. Notar blicken lassen sollte, um Protest zu erheben, so müsse die Person sofort in Arrest genommen und nach Gießen überführt werden. Die Familie von Riedesel selbst sollte angewiesen werden, sich binnen acht Tagen zu rechtfertigen und sich bei einer Strafe von 2000 Goldgulden oder sogar des Verlustes sämtlicher hessisch-darmstädtischer Lehen unterstehen, die neuen Zigeunerstöcke auch nur anzurühren. Die Beamten der Riedeselischen Gerichte sollten den Auftrag erhalten, über etwaige Verstöße der Familie von Riedesel genaue Kundenschaft zu geben. Die Kosten dieser Strafaktion sollten aus den *paratesten Riedeselischen Gefällen exekutive* eingebracht werden, wobei alle Exzesse zu vermeiden waren.<sup>84</sup> Aus dem Bericht der Zeugen geht hervor, daß nicht nur die Zigeunerstöcke ausgetauscht, sondern auch die Riedeselischen Schultheißen zu Angersbach und Wallenrod sowie der Stadtschreiber zu Lauterbach wegen ihrer Proteste in Arrest nach Gießen überführt worden waren.<sup>85</sup> Der Schultheiß zu Wallenrod wiederholte seinen Protest in Gießen, worauf ihm 25 Rtlr. Strafe auferlegt wurden. Erst nachdem alle Unterbringungs- und Wachtkosten bezahlt waren, wurden die Riedeselischen Beamten aus der Haft entlassen.<sup>86</sup>

Diese wieder vor dem Reichskammergericht anhängige Streitsache wurde am 4. März 1713 durch einen Hauptvergleich beendet, der zugleich einen Katalog der Superioritätsrechte darstellt und somit einen aufschlußreichen Einblick in die Vorstellungen des Landgrafen von Hessen-Darmstadt über die Ausgestaltung der Landesherrschaft

83 Ebd., fol. 17 f.

84 Ebd., fol. 21-24.

85 Ebd., fol. 25-36.

86 Ebd., fol. 37.

mit konkreten Rechten bietet.<sup>87</sup> Die Familie von Riedesel mußte zunächst allgemein die Territorialsuperiorität des Landgrafen über die drei Gerichte Oberohmen, Engelrod und die Zent Lauterbach und die darin befindlichen Einwohner anerkennen. Die konkrete Ausgestaltung erfolgte durch die Bestimmungen, daß die Riedesel sowohl den Huldigungseid, wenn auch unter Anerkennung ihrer immediaten Stellung zum Reich, leisten als auch ihre Teilnahme, gleich den anderen hessischen Landständen, an den Landtagen zusagen mußten. Außerdem hatten Appellationen in Zivilsachen ab einer Klagesumme von 30 Gulden Frankfurter Währung an die hessischen Gerichte zu erfolgen – allerdings sollte die Appellation vom Amtmann nicht direkt, sondern über die Riedesel stattfinden. Der Landgraf behielt sich ebenso die Einziehung aller Steuern, d.h. aller ordentlichen und außerordentlichen Reichs-, Kreis- und Provinzsteuern vor. Die Riedeselischen Beamten konnten zwar weiterhin die unmittelbare Erhebung vornehmen, die Familie haftete aber für die Ablieferung des korrekten Betrags. Hinzu kam, daß Hessen-Darmstadt das Musterungs-, Aushebungs- und Folgerecht an sich zog und sich überhaupt alle übrigen *per regulam* und nicht sonderlich spezifizierten Rechte der Territorialhoheit vorbehielt.

Dagegen behielten die Riedesel alle Kirchen- und Schulrechte, d.h. das Recht, Pfarrer und Lehrer zu berufen, zu ordinieren, zu bestätigen und abzuberufen. Außerdem konnten sie Kirchen- und Schulordnungen aufrichten und bestätigen sowie Kirchenvisitationen vornehmen. Zudem konnten die Riedesel in Fragen der Kirchengzucht sowie der Ansetzung von Feiertagen entscheiden. Allerdings behielt sich der Landgraf die Ausschreibung von hohen Landtrauern, Trauergeläuten und Trauerpredigten vor. Die Riedesel behielten ihre Rechte und Gerechtsame in weltlichen Dingen, d.h. sie bestellten und entließen die Verwaltungsbeamten, legten die Maße und Gewichte fest und behielten ihre Brau-, Zins-, Fischerei-, Weide-, Mühl-, Wasser-, Forst- und Jagdrechte. Außerdem wurde der Familie Riedesel weiterhin die Verwaltung der innerfamiliären Vormundschaften gestattet, aber der Kurator sollte seine Vollmacht auch dem jeweils regierenden Landgrafen von Hessen-Darmstadt vorlegen. Schließlich wurde der Familie Riedesel auch der Besitz des Herrenweinkaufs zugestanden. Damit hatte auch der Landgraf von Hessen-Darmstadt die Einbeziehung der Familie Riedesel mit wichtigen Gebieten in den Bereich seiner Landeshoheit erreicht.

#### IV

Obwohl der Westfälische Friede nach IPO Art. 5 § 30<sup>88</sup> den Reichsfürsten das *ius territorii et superioritatis* eingeräumt hatte, zog die Erteilung dieses Rechtstitels nicht die automatische Umsetzung in die Praxis nach sich. Vielmehr mußten sich die Landesherren die Anerkennung ihrer Landeshoheit mit allen Rechten erst erkämpfen. Mit besonderen Schwierigkeiten war der Kampf dann verbunden, wenn, wie in der Landgrafschaft Hessen, die Landesherrschaft durch Landesteilungen und Erbfolgekriege ge-

87 StA DA, Best. E 12 Adel und Standesherrn, Nr. 262/1, fol. 37-51. Abdruck bei Fritsch ZSCHAECK (wie Anm. 75), S. 333-341.

88 Text bei Arno BUSCHMANN (wie Anm. 43), S. 289-380, hier S. 322.

schwächt war bzw. der eigentlich als landsässig angesehene Adel auf alte kaiserliche Rechte und Freiheiten verweisen konnte. Hinzu kam, daß die hessische Ritterschaft manchen Erfolg gegen die Landgrafen erzielt hatte, erinnert sei nur an die erzwungene Abdankung des Landgrafen Moritz, und deshalb mit Vorsicht zu behandeln war. Da der abstrakte Begriff der Superiorität eine Leistung der Wissenschaft war, aber die Kompliziertheit der Reichsverfassung mit ihren althergebrachten Rechten und Freiheiten durch die Einführung eines neuen Rechtsbegriffs nicht zu bereinigen war, blieb nur der Weg der konkreten Beschreibung der Rechte, die als Katalog den Anspruch auf die Landesherrschaft begründeten.<sup>89</sup> Gerade in der Auseinandersetzung mit der Familie Riedesel wird deutlich, welche Rechte der Landgraf von Hessen-Darmstadt als landeshoheitliche Rechte für sich einforderte: die Herrschaft über alle Untertanen mit der Befugnis, allgemeine Landesordnungen zu erlassen, die Leistung des Huldigungseides und die Teilnahme an den Landtagen durch die Familie von Riedesel, die Appellation an die landgräflichen Gerichte sowie die Steuer- und Militärhoheit.

In der Auseinandersetzung des Landgrafen von Hessen-Kassel mit den Schencken kommt ein weiterer Aspekt zur Geltung. Landgraf Friedrich II. von Hessen-Kassel behielt sich ausdrücklich die hohe Gerichtsbarkeit vor – ein Recht, das eigentlich von der Reichspublizistik nicht als notwendig zur Begründung der Landeshoheit angesehen wurde, da der Landesherr unabhängig von den lokalen Herrschaftsrechten im Besitz der höchsten Gerichtsherrlichkeit sei.<sup>90</sup> Trotzdem spielte der Besitz lokaler Herrschaftsrechte, wie z.B. der hohen Gerichtsbarkeit im Schenckischen Eigengericht, eine wichtige Rolle zur Begründung des Superioritätsanspruchs. Die Einbindung der Schencken in die Landeshoheit wird um so deutlicher, als es 1754 zum Streit um die Grenzsteine bzw. 1784 zum Streit um die hohe Gerichtsbarkeit in Schweinsberg kam und die Schencken in ihrem Ansuchen um die Wahrung ihrer Rechte vom Oberappellationsgericht zu Kassel, also von einem landesherrlichen Gericht, letztinstanzlich abgewiesen wurden.<sup>91</sup> Die Schencken, deren Landsässigkeit eigentlich nicht bestritten werden konnte, insbesondere, da man das hessische Erbamt schon im Namen wiederfand, versuchten sich aber unter Heranziehung kaiserlicher Privilegien und unter Begründung ihres besonderen Beitritts zum hessischen Territorialverband dem Status einer subordi-

---

89 Dietmar WILLOWEIT: Rechtsgrundlagen der Territorialgewalt. Landesobrigkeit, Herrschaftsrechte und Territorium in der Rechtswissenschaft der Neuzeit, Köln 1975, S. 177 ff.; s. auch Helmut QUARITSCH: Souveränität. Entstehung und Entwicklung des Begriffs in Frankreich und Deutschland vom 13. Jh. bis 1806, Berlin 1986, S. 66-91.

90 Ebd., S. 186 ff.

91 Die Landgrafschaft Hessen-Kassel verfügte seit 1742 über das unbegrenzte *privilegium de non appellando* und konnte so alle bisher beim Reichskammergericht einzubringenden Klagen abschneiden und durch die Errichtung des landesherrlichen Oberappellationsgerichts zu Kassel einer endgültigen Beurteilung zuführen (StA MR, Urk. A I d Kaiserliche, Reichs- und Kreissachen 1742 Dezember 7). Die Errichtung des Oberappellationsgerichts erfolgte im Jahr 1743 November 15/26. Siehe auch Ludolf PELIZAEUS: Der Aufstieg Württembergs und Hessens zur Kurwürde 1692-1803, Frankfurt/M. 2000, S. 28-38 und S. 351-356; Gernot SYDOW: Das Verhältnis von Landes- und Reichsgerichtsbarkeit im Heiligen Römischen Reich. Eine Neubewertung der privilegia de non appellando, in: Der Staat 41 (2002), S. 263-284.

nierten Landeshoheit<sup>92</sup> anzunähern und so wenigstens die damit verbundenen Rechte zu sichern.

Aber es kam nicht mehr darauf an, ob die Regierung zu Marburg in ihrem Gutachten besonders wahrheitsgemäß argumentierte, denn selbst so inhomogene Territorien wie die hessischen Landgrafschaften waren zu Beginn des 18. Jahrhunderts soweit konsolidiert, um mit der Kraft des Faktischen die schleichende oder offene Mediatisierung mindermächtiger Territorien oder solcher Adelsfamilien, die bisher halbwegs eine Sonderposition zwischen dem Status eines Landsassen und eines subordinierten Landesherrn hatten bewahren können, betreiben zu können. Die folgenlose Besetzung der Gebiete eines fränkischen Reichsritters mit militärischen Mitteln unter offener Mißachtung kaiserlicher Privilegien, im Fall der Familie Riedesel mutet das Vorgehen wie die Generalprobe zum späteren Rittersturm<sup>93</sup> an, spricht für die starke Stellung selbst solcher Territorialfürsten wie den Landgrafen zu Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt zu Beginn des 18. Jahrhunderts.

---

92 Siehe als Beispiel die Grafen Giech, die diesen Status durch einen Vergleich mit Christian Ernst, Markgraf von Brandenburg, erreichten. Hanns Hubert HOFMANN: Adelige Herrschaft und souveräner Staat. Studien über Staat und Gesellschaft in Franken und Bayern im 18. und 19. Jahrhundert, München 1962, S. 107.

93 Siehe dazu jüngst Michael PUCHTA: Die Mediatisierung der schwäbischen Reichsritterschaft am Beispiel des Bezirks Allgäu-Bodensee, in: Mark HENGERER u.a. (Hg.): Adel im Wandel. Oberschwaben von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, Ostfildern 2006, S. 591-604. Vgl. Rudolf BECK: Man frißt die Fürstlein wie die Würstlein. Die Mediatisierung des Hauses Waldburg, in: RUDOLF (wie Anm. 73), Bd. 2,2, S. 919-928.

### Transkription der beiden Kaiserurkunden vom 27. Januar 1332

*Wyr Ludewig von Gots genaden romischer cheyser ze allen allen ziten merer dez rychs tun chunt allen den die disen brief ansehent oder hõrent lesen, daz wir durch der dienst willen, die uns und dem rych der veste man Rupprecht Schenck von Sweinsperch unser lieber getrewer getan hat und noch tun sol und mag, im die besundern genad getan haben und tun, daz wir im von cheyserlichem gewalt die stat Sweinsperch gefreiet haben und freien mit disem unserm brief. Also daz si alle die recht, freyung und gut gewonheit haben sol und habe, die unser und dez rychs stat Frankenfurt hat und sullen auch den wochenmargt haben an der mitwochen, und da von gebieten wir allen unsern und dez rychs getrewen, swie die genant sind, daz si die vorgeantenn untern freyung stât haben und nicht uberüdr̄en an dhein sachen, als lieb in unser und dez rychs huld sein. Und dar uber ze urchunde geben wir disen brief versigelten mit unserm cheyserlichem insigel, der geben ist cze Franckenfurt an dem montag vor unser frawen tag ze Liechtmesse, da man zalt von Christus geburt driutzehenhunder jar, dar nach in dem zwey und dreyzzygsten jar, in dem achtzehenden jar unsers rychs und in dem fuffften des cheysertums.*

*Wyr Ludewig von Gots genaden romischir cheyser ze allen [cziten] merer dez rychs tuen chunt ofenbar mit diesem brief, daz wir dem vesten mann Rupprechten dem Schencken von Sweinsperch unserm getrewen und seinen erben durch die dienst willen, die er uns und dem rych getan hat und noch tun sol und mach, erlaubet haben und erlauben, daz si in der stat czu Sweinsperch vier juden haben mugen und sollen mit allen nutzen und rechten biz an unser odir unser nachomen an dem ryche wolgevalle-nuzz und widerruffung. Und dar umb cze urchunde geben wir in disem brief vorsigelten mit unserm cheyserlichem insigel, der geben ist cze Franckenfurt an dem montage vor unser frawen tag cze Lychtmesse, da man czalt von Christes geburt drutzehenhundirt jar, dar nach in dem czwey und dreizzigsten jar, in dem achtzehenden jar unsers rhychs und in dem fuffften dez cheysertums.*

### Transkription des Schenckischen Burgfriedens aus dem Jahr 1447

*Ich Johann Schenck zcû Sweinsberg ritter<sup>1</sup>, ich Heidenrich<sup>2</sup>, ich Ludewig<sup>3</sup>, ich Henne der eldir<sup>4</sup>, ich Hengzell<sup>5</sup>, ich Godefrid<sup>6</sup>, ich Henne<sup>7</sup>, gebrudere, ich Henne<sup>8</sup>, ich*

- 
- 1 Gustav Frhr. SCHENK ZU SCHWEINSBERG/ Carl KNETSCH: Stamm-Tafeln der Freiherm Schenck zu Schweinsberg, Groß-Steinheim 1925, Tafel IV, Nr. 9 (1381-1447)
  - 2 Ebd., Tafel III, Nr. 18 (1383-1449)
  - 3 Ebd., Tafel III, Nr. 20 (1391-1447, Tod 1448)
  - 4 Ebd., Tafel III, Nr. 21 (1418-1456, Tod 1460)
  - 5 Ebd., Tafel IV, Nr. 28 (1433-1471)
  - 6 Ebd., Tafel IV, Nr. 29 (1433, Tod 1457)
  - 7 Ebd., Tafel IV, Nr. 30 (1433-1494, Tod 1496)

Wolff<sup>9</sup>, gebrudere, ich Guntrum<sup>10</sup>, ich Johann<sup>11</sup>, ich Heidenrich<sup>12</sup>, gebrudere, ich E-birhard<sup>13</sup>, genant Stam, und ich Heinrich<sup>14</sup>, gebrudere, alle Schengkin unde ganerben zcū Sweinsberg, bekennen uffintlich yn dißem brieffe vor uns unde alle unsir erbin, das wir entrūwen hand in hand glabit han unde liplich uff dii heiligen gesworn, eyn gemeyn stragkin borgffride zcū Schweinsberg zcū halden in allirmaße als hernach geschrebin stehit:

1. Zcū dem irsten male, so sul unsir eyner dem andern sin lib, sin ere unde sin gud unde dii synen beschirmen unde beschürn inn dem borgffridde, glicherwiß als sin eigen gud ongeverde.

2. Ouch ist beredt, das unsir eyner adir mehe undir uns den Schengken unde ganerben sin theil an Schweinsberg keyneme fremden manne vorgifftigen, vorseczin adir verkouffen sail.

Wers adir, das he sin theil an Sweinsberg ſ vorseczin adir vorkouffen wolde, so solde he ys syme nestin ganerben vorseczin adir vorkouffen, der von syme stamme were, vor czehin margk phenge unde nicht hoir.

Wers adir, das es sin neste ganerbe nicht kouffin adir daruffe lühin enwolde, so solde he is eyne andern syme ganerben des schloßis voseczin adir vorkouffen, der em darnach der neste were.

Wers adir, das unsir eyner adir mehe syn theil an Schweinsberg fremden luden ſ vorseczin, vorkouffen adir vorgifftigen wolde unde das tede, der ader dii solden trūwe-loß, erloß unde meyneidig sin unde ensolde dii vorgifftionge, vorsaczonge unde der kouff doch keyne macht han unde ensail der adir dii das teden zcū dem sloße Schweinsberg nommermehe kommen unde dar czū sail sin ader der theil der nestin ganerben des stammes sin sondir alle geverde unde indrag.

3. Mehe ist beredt, wilcher unsir eyner adir mehe den andern frebelich inn czorne hieße liegen, der sail uße Schweinsberg firczehen tage sin unde von den būwemeystern zcū der cziit sin gewiset sail werden als lange, biß das dii firczehen tage umme kommen.

4. Mehe ist beredt, weris das eynch Schengke adir ganerbe ubir en andern eyn me-ßir czöchte adir mit gewaffindir handt in dem borgffridde ubir den andern lieffe, der sail eyn mandt ußwendig Sweinsberg sin unde sail von stonds bynnen den nestin drehin adir fier tagen von dannen riiden uff czwee mile wegis yn eyn sloß, wo he von den būwemeystern czū der cziit sin he geheißin unde vormandt wirdt, als das he an solicher malstaid keyne fhede enhabe. Unde wann der mandt umme unde vorgangen ist, sail he dannoch nicht ynn Sweinsberg kommen, he habe dann solichen frabel verbüßit unde usgericht czehin golden an den būwe zcū Sweinsberg.

8 Ebd., Tafel II, Nr. 24 (1416-1459)

9 Ebd., Tafel II, Nr. 25 (1439-1476)

10 Ebd., Tafel III, Nr. 24 (1433, Tod 1463)

11 Ebd., Tafel III, Nr. 25 (1442-1502)

12 Ebd., Tafel III, Nr. 26 (1442-1463, Tod 1466)

13 Ebd., Tafel IV, Nr. 32 (1428-1471)

14 Ebd., Tafel IV, Nr. 33 (1428, Tod 1454)

*Steche adir slüge unsir eyner den andern frebelich inn czorne wondt, so sail he ver-  
bußin czwenzig golden.*

*Slehit unsir eyner den andern toid, da got vor sii, so sal der, der den toidslag  
gethan hette, sin theil an Sweinsberg vorlorn han unde nommermehe darinn kommen  
unde sin theil sail gefallin uff sine sone, ab he dii hette, adir uff sine nesten ganerben  
synes stammes.*

5. *Mehe ist beredt, das unsir keyner undir uns den Schengken unde ganerben dem  
andern sin knechte adir gesinde nicht sail slahin.*

*Weris adir, das unsir eyns knecht adir gesinde eyne Schengkin adir ganerben un-  
mogeliche worthe und wergke tede, der lib, ere und gud andreffin, so sail des knechtes  
und gesindes jongher den knecht unde das gesinde dem ganerben, dem der frabel ge-  
schehin were, zcû rechte halden adir zcû stonds orlaub gebin.*

6. *Mehe ist beredt, weris ouch, das unsir knechte unde gesinde yn dem borgfridde  
czweiende worden, wilcher unsir der ganerben da bii sin, soln glich scheidin ongever-  
de.*

7. *Mehe ist beredt, weris ouch, ab eynch Schengke adir ganerbe soliche frebel und  
broche des borgfridden begingen und tede als vorgeschrebin stehit, des ŷ nicht sin  
ensail, unde den gehorsam unde geheiß der buwenmeynstere adir der czweier zcû der  
dziit ubir dissen borgfriedde gekorn sin nicht enhielde adir halden wolden, so ensoln  
dem adir den, dii den borgfridde also vorbrochen hetten, dii andern ganerben unde dii  
borgere mit dem sloße, borg unde tail, nommermehe gewarten unde mit nichte verbon-  
den sin als lange, biß das der adir dii gebrochen hetten solichen gehorsam thun unde  
gethan han nach geheÿße der buwemeynstere adir der czweier, dii zcû der dziit ubir  
dissen borgfridde gekorn sin.*

8. *Mehe ist beredt, weris ouch, ab eyn Schengke sin teil an Sweinsberg vorseste,  
vorkouffte adir vorgifftigete sin ganerben, der adir dii das teden solden das sloß  
Sweinsberg, unsir borgere unde undirsassin nicht fheden unde inn dem borgfridde  
nichts beschedigen nach schaffin gethan werde wie vorgeschrebin stehit, sondir alle  
geverde genczlich usgescheidin.*

9. *Mehe ist beredt, weris ouch, ab eyn forste, eyn graffe, eyn herre, eyn ritter adir  
eyn knecht uffenonge unde enthalds gein unsir eynen adir mehe hii zcû Sweinsberg  
gesonnen unde begerthen, so sail eyn forste zcuorind an den buwe hondert golden  
gebin, eyn graffe, eyn herre fonff unde czwenzig, eyn ritter adir eyn knecht eyn  
armbrost, das fier golden wol werdt ist, adir fier golden darvor. Unde solln sii darczû  
den borgfridde entruwen glaben und liplich uff die heiligen sweren nach lude dissens  
borgfridde brieffes vor sich unde dii eren zcû halden unde zcû thun als wir dii ganer-  
ben, ehe se adir dii eren inn den enthalt unde uffenonge kommen.*

10. *Auch weris, das unsir eyner adir mehe ymands fiand worden, wilche da dii  
irsten weren, dii solden uß unde inn Sweinsberg macht han zcû riiden unde sich des  
gebruchen.*

*Wers adir, ab unsir eyner adir mehe uff dii andern siiten wolden helffin, dii unde dii  
eren solden den irsten unde den eren uß adir inn Sweinsberg unde in dem borgfridde  
keynen schaden fugen ane alle geverde.*

11. *Weris ouch, ab eyn Schengke adir ganerbe, der nicht zcû Sweinsberg gesessin  
adir wonhafftig were, eyns lanthern adir siner lantlude fiant were, wilcheczit he dann*

von den buwemeynstern von node des sloßis vermandt worde, ab se des noid beduchte sin, so solde he bynnen achte tagen eyn gewapenden knecht mit eyne armbroste zcû Sweinsberg han unde dar schigken, der eyn glaubhafftig frôm knecht ist, unde also lange da sin, als dii buwemeynstere erkennen, des noid sii.

12. Auch ensail keyn Schengke adir ganerbe keyn huß in dem dale han adir besiczin, he vorstehe es dann als anders dii borgere, ußgescheiden er alden friihen huße unde hobestede.

13. Weris ouch, ab eyn Schengke unde ganerbe eynen unsem borgere unde undirsassin zcu Sweinsberg vorsesten adir en selbs schuldig weren, den unde dii sail he gutlich bezczaln unde loßin adir mit erme guden willen vorhalden. Geschee des nicht, so magk en der borger unde undirsassin uff der gassen phenden, usgescheidin das phert, da der Schengke mit syme libe zcû der cziit uffe sitczit. Wann er der borger unde undirsassin phenden woln, dii phande sail unsir keyner weren, noch schaffin gethan werde.

14. Ouch ensail keyn Schengke sin wib uf Sweinsberg, agkir, wiesen darvor unde darinn gehören nicht bemorgengaben adir keynes Schengken dochter deil zcû Sweinsberg han mit syner zcûgehorde, als darvor gelegin ist, ongeverde.

15. Ouch ist beredt, das man eyns iglichen Schengken wib sail lassin bliben sitczen nach eris mannes tode yn huße, agkern, wiesin, garthen unde sich gebruchen lassin holcz, felt, wassir, weide, usgescheiden se worde sich dan vorandern.

16. Mehe ist beredt, weris ab uns lehin vorfielen, dii sail der eldeste Schengke vorlihin den jhenen, dii der lehin rechte erbin sin.

Weris abir, das uns geistliche lehin vorfielen, der ensolde der eldeste Schengke keyn macht han zcû verliihin, es were dan mit unsir allir wissin, vorhengnisse und willen ongeverde.

Weris ouch, daß sich ymands in unsir lehin kouffen wolde adir sich darinn cziihin, dii nicht der lehin erben weren, das sail ouch der eldeste Schengke keyne macht han, (sondern es) sail mit unsir allir wissen unde willen zcûgehin, ongeverde.

17. Ouch ist mehe beredt, das unsir eyner adir mehe undir uns den Schengken unde ganerben keynen unrecht bedrang an unsir borger unde undirsassen zcû Sweinsberg (tun) adir se ouch nicht vorunrechten adir gestaden thun lassin adir eris erbes, eris gudes eyncherlei nicht zcû entcziihin adir kouffen yn keyne wiß, das zcû Sweinsberg gehort<sup>a)</sup>, ongeverde.

18. Mehe ist beredt, willich (eyner) undir uns vorbenanten Schengken sich (mit) der borg unde dale zcu Sweinsberg behelffen wolden, dii iczundt nicht glabit und gesworn han, dii soln glaben und swern zcû halden und zcû thun, als dissir borgfridde brieff ußwisit, glicherwiß als wir. Williche das nicht thun woln, den adir dii solden wir keyn deil lassin han an<sup>b)</sup> der borg unde dale Sweinsberg ongeverde als lange, bis der adir dii glaben unde sweren dissen borgfridde glicherwiß als wir dii ganerben egnant (ongeverde).

19. Mehe ist beredt, das wir, unsir borger, unsir undirsassen, unsir kinder adir unsir gesinde unser eyner dem andern keynen schaden thun sail an sin garthen, wiesin

a) Über der Zeile nachgetragen.

b) Vorlage: unde.



*adir agkern unde wer das vobreche bii tage, das kontlich were, der solde es verbußin mit eyne schilling hellir, adir wer es vobreche bii nacht adir bii nebel, der sal es verbußin mit drehin tornußin unde sal an den buwe an das sloß Sweinsberg gefallen. Unde wes kindt adir gesinde das vobrechen, da sal man den husherren vor pfenden unde ensal ouch dii pfande nicht weren. Es enwer dan, das fremde lude hii weren, dii das vobrechen, da ensolde unsir keyner vor vorhafftit sin unde soln es doch weren, schürn unde schirmen, so wir beste mogen, ongeferde.*

20. *Unde ist dan also beredt, was ubirgriffe in disem borgfridde geschihin, dy dii buwemeynstern des schloßis alleyn nicht gerichtten mogen, den ensolde der, an dem der ubirgriff geschihin were, nicht selbir rechin, dan he sail es clayn Sifrid von Nordegkin zcû Rabenauwe unde Ludewig Doringe, dii wir ubir den borgfridde gekorn han, unde was dii czwene darumme heißin thûn unde nemen, das sail man halden. Unde wer das nicht enhielde, der sail bynnen den nesten firczehin tagen darnach in eyn sloß rüden eyn myle wegis adir czwee ongeverde umme Sweinsberg, (wo) he von den egnanten czween gemandt worde, unde nicht von dannen, he habe dann vor gethan, was en dii czwene heißin.*

*Weris ouch, ab dii egnanten czwene Sifrid unde Ludewig sich umme eynche stogke, wii vorgeschrebin, czweiende worden, so soln sie eynen andern bidderman zcû en kießin. Wan der besochit, da sal es macht han.*

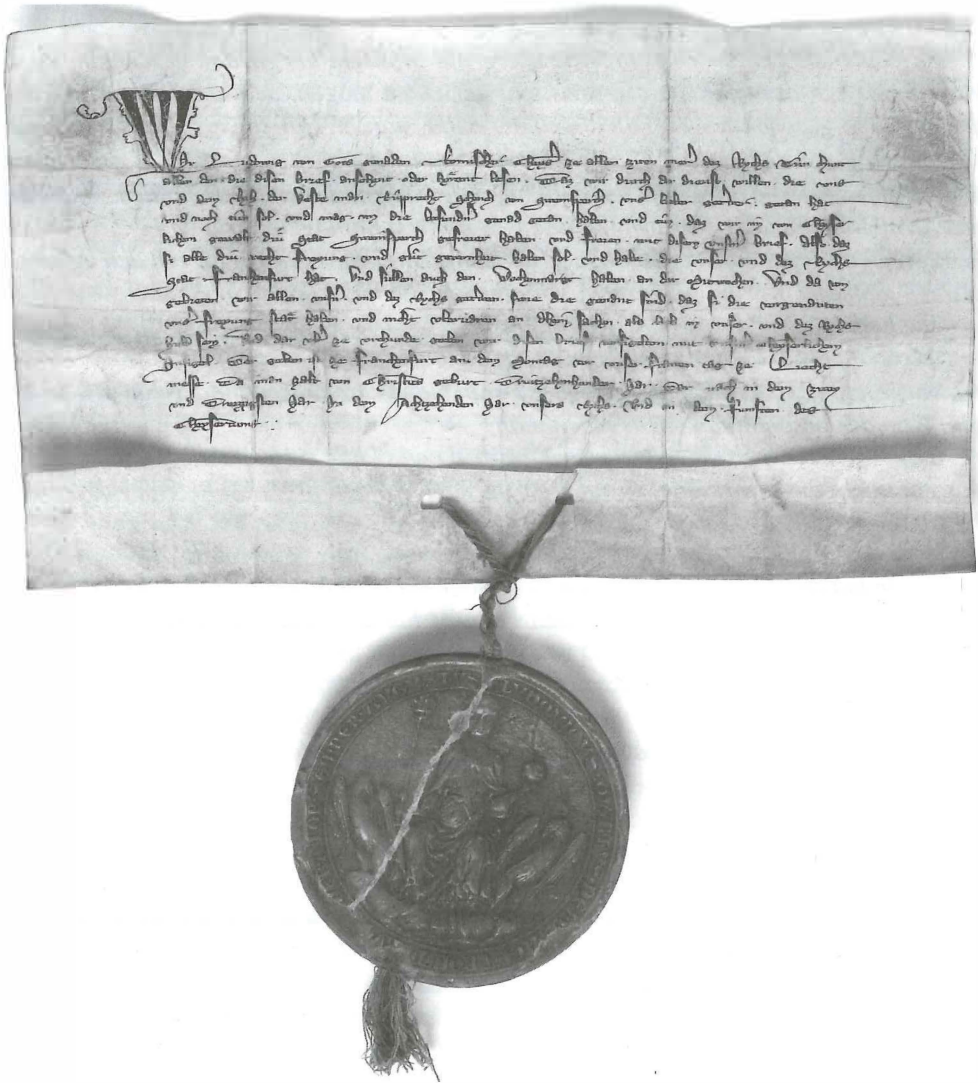
*Ouch ist beredt, ob der czweier eyner Sifrid unde Ludewig von todeswegen abginge, das got noch lange vorhalde, so soln wir darnach bynnen firczehin tagen eynen andern kießin ongeverde.*

*Dissir borgfridde sail angehin an dem slage bii dem frangkingraben unde den weg hynuß vor den stogkin hyne bobir den beumen biß an Niddernoffleiden unde hinder Offleiden hene biß in den fort und von dem forte biß an den meydepoil unde von dem meydepoil biß zcû Ahusen unde von Ahusen so hynab biß an den endeborn unde von dem endeborn ubir das waßir hinder den irlen hyn, abir glich den wegk hy(n)uß biß widder an den slag an dem frangkingraben. Also sail der bor(g)fridde stehin unde winden ongeverde.*

*Alle disse vorgeschrebin stogke, ponte unde artigel unde iglichen besondern han wir vorgnanten Schengken unde ganerben vor uns unde unsir erben den vorgnanten Sifrid unde Ludewig entruwen glabit hand in handt unde liplich uff dii heiligen gesworn, stede, feste unde unvorbrochlich zcû halden sondir allis geverde unde argeliste.*

*Des zcû orkonde und stedigir festekeid, so hain wir vorgenanten Schengken vor uns unde unsir erbin unsir iglichir sin ingesigel an dissen brieff gehangen unde (han darzcû gebeden) die festen Sigfrid unde Ludewig, das se er beidir ingesigel zcû bekentnisse ouch herbii unse gehangen han. Des wir iczundtgenanten bekennen umme er bede willen. Datum anno Domini mill<sup>o</sup> festum purificationis beate Marie.*

c) Die nun folgende Jahresangabe ist durch einen umfangreichen Tintenfleck unleserlich. Deshalb erfolgt die Datierung nach den Lebensdaten der Aussteller.



Kaiser Ludwig der Bayer verleiht Schweinsberg das Frankfurter Stadtrecht (Sta MR, Urk. X 5 Samtarchiv Schenck zu Schweinsberg 1332 Januar 27a)